



NIEDERSCHRIFT

über die 45. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 25.02.2014,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:01

Ende: 20:35



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Rudolf Boesche

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern



Peter Lerch

Rolf Morio

ab 18.00 Uhr TOP 7 ö.S.

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

ab 17.15 Uhr TOP 2 ö.S.

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

bis 19.48 Uhr TOP 8 nö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Parteilos

Franco Casella



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Stefan Joritz (Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim)

Michael Niedermeier (Leiter Pressestelle)

Carina Treitz (Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, Punkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung von der Tagesordnung abzusetzen. Die Vorlage soll nach Auffassung des Stadtvorstandes nochmals an den Ortsbeirat Arzheim zurückverwiesen werden. Es bestehe auch keine Eile in dieser Sache.

Der Stadtrat stimmte der Absetzung dieses Punktes einstimmig zu.

Der Vorsitzende teilte mit, dass zum Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung heute ein Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion eingegangen sei. Diesen werde man als Punkt 3.1 mit beraten.

Der Stadtrat nahm dies zustimmend zur Kenntnis.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte, dass der Bericht des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse in den öffentlichen Sitzungsteil genommen werde. Sie könne nichts geheimhaltungswürdiges in dem Bericht erkennen. Aufklärungsbedarf sehe sie auch hinsichtlich des Rückzugs aus der Fläche. Wie man am Beispiel Mörzheim sehe, interessiere dies auch viele Bürger. Ein zweiter wichtiger Punkt sei die neue Beschäftigungsgesellschaft.

Der Vorsitzende entgegnete, dass mit Herrn Jung die Nichtöffentlichkeit des Berichts besprochen sei. Es gebe nichts zu verheimlichen, dennoch könne man im nichtöffentlichen Teil freier miteinander sprechen.

Der Stadtrat lehnte den Antrag, den Bericht des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse in den öffentlichen Teil zu nehmen, mehrheitlich mit 3 Ja,- 36 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen ab.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Frau Karin Reth-Scholten
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Anhörung zum Thema "Bürgerbeteiligung als wichtiger Bestandteil der politischen Willensbildung"
Vorlage: 101/201/2014
- 3.1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ergänzungsantrag zum Antrag der SPD "Anhörung zum Thema Bürgerbeteiligung als wichtiger Bestandteil der politischen Willensbildung"
Vorlage: 101/202/2014
4. Zukunfts- und Standortsicherungsvertrag zwischen dem Zweckverband Tierkörperbeseitigung, seiner Betriebsführungsgesellschaft (GfT) und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie
Vorlage: 320/041/2014
5. Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Baumkontrolle in 2014
Vorlage: 350/036/2014



6. Endgültiger Beschluss der 18. Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau"
Vorlage: 610/261/2014
7. Schaffung von preiswertem Wohnraum in Landau –
Strategie und weitere Vorgehensweise
Vorlage: 610/267/2014
- 7.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, Reservierung einer Grundstücksfläche oder einer bebauten Fläche im Gelände "Wohnpark Am Ebenberg" für den sozialen Wohnungsbau
Vorlage: 101/163/2013
- 7.2. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, Verpflichtung von Investoren zur Bereitstellung von 10 % der Wohnfläche für den sozialen Wohnungsbau im "Wohnpark Am Ebenberg"
Vorlage: 101/164/2013
8. Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsplanes 2013
Vorlage: 820/127/2014
9. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Hauptmann erklärte, dass sich aus dem Antwortschreiben des Oberbürgermeisters auf seine Fragen im Stadtrat am 17. Dezember 2013 neue Fragen ergeben hätten. Diese Stellungnahme mit neuen Fragen überreiche er dem Oberbürgermeister mit der Bitte um Beantwortung.

Der Vorsitzende sicherte eine Beantwortung der Fragen zu.

Herr Müller berichtete, dass der Betreiber der Geothermieanlage die Erdölförderungen der Firma Wintershall für die Geländeänderungen in Landau verantwortlich mache. Hier hätte er gerne eine Stellungnahme hierzu. Weiter stelle er die Frage, ob die Firma GDF Suez belastetes Wasser in die Stadt bringe und hier ins Erdreich presse.

Der Vorsitzende sicherte auch hier eine Antwort zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Frau Karin Reth-Scholten

Der Vorsitzende würdigte die Verdienste von Frau Karin Reth-Scholten. Geehrt werde sie für ihre über 30-jährige Tätigkeit im Bereich der psychomotorischen Bewegungsförderung. Sie sei maßgeblich am Aufbau des Vereins zur Bewegungsförderung und Psychomotorik in Landau beteiligt gewesen und sei seit der Gründung 1984 auch dessen Vorsitzende. Aus einer kleinen Bewegungsgruppe seien mittlerweile 30 Gruppen geworden. So würden wöchentlich mehr als 250 Kinder und Jugendliche in ihrer Bewegungsmotorik gefördert. Sie sei mit beteiligt gewesen an der Gründung des Modenbachprojekts am Modenbacher Hof. Viele Jahre sei sie Landessprecherin des Aktionskreises Psychomotorik gewesen und insgesamt 12 Jahre Mitglied im Bundesvorstand des Aktionskreises. Im Jahre 2005 war sie Mitbegründerin des Vereins Bewegungskita Rheinland-Pfalz und sei seitdem auch Vorstandsmitglied. Im Jahre 2012 sei der Verein zur Bewegungsförderung und Psychomotorik mit dem Weihnachtspreis der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz ausgezeichnet worden. Dies sei auch eine Auszeichnung für Frau Reth-Scholten gewesen.

Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung des jahrzehntelangen, ungewöhnlich hohen ehrenamtlichen Engagements von Frau Reth-Scholten.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Frau Karin Reth-Scholten die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Frau Reth-Scholten bedankte sich für die Ehrung. Es habe sie sehr berührt, als sie die Nachricht dieser Ehrung erhalten habe. Ihr Herz habe immer für die Psychomotorik geschlagen und für alle, die oft benachteiligt seien in ihrer Entwicklung. Die Kinder voranbringen gehe nur mit einem großartigen Team. Sie sei sehr stolz auf eine Stadt, die der Psychomotorik diese Wertschätzung entgegenbringe. Auch für die jahrelange Unterstützung wolle sie danken. Neue Projekte seien die Arbeit auch auf Senioren auszuweiten und in Alten- und Seniorenheime zu gehen. Man stehe also nicht still im Verein.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Anhörung zum Thema "Bürgerbeteiligung als wichtiger Bestandteil der politischen Willensbildung"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. Februar 2014 und den Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 24. Februar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt sind. Man habe ja bereits Anträge in diese Richtung beschlossen. Verwaltungsmäßig habe man sich darauf verständigt, ein Symposium zum Thema Bürgerbeteiligung zu machen. Als Termin habe man den 7. Oktober 2014 ab 17.00 Uhr vorgesehen, früher werde das nicht machbar sein. Er bitte die Fraktionen hier auch um Vorschläge für Referenten und für die Moderation dieses Symposiums.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion. Bürgerbeteiligung sei ein vielfältiges Thema mit vielen Bausteinen. Es freue ihn, dass es einen breiten Willen im Rat und in den Fraktionen gebe. Der Antrag sei bewusst sehr offen formuliert, auch wenn man sich auf die Gruppe der jüngeren und der älteren Menschen konzentriert habe. Die Erfahrungen dieser Gruppen wolle man nutzen. Man müsse ja das Rad nicht neu erfinden, sondern tue gut daran, von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Der SPD gehe es nicht um eine Art „Klickdemokratie“, denn Bürgerbeteiligung sei mehr. Man wolle die Menschen mitnehmen auf diesem Weg, Verantwortung mitzutragen. In diesem Sinne freue er sich auf das Symposium.

Ratsmitglied Schröder begründete den Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion. Auch sie begrüße die breite Unterstützung im Rat für das Thema Bürgerbeteiligung. Bei den bisherigen Anträgen hierzu würden aus ihrer Sicht einige Themen und Aspekte fehlen. Hierzu gehörten Transparenz und Ergebnisoffenheit, die Frage der Verfahren und die Anlässe von Bürgerbeteiligung. Man wolle gerne auch die Enquete-Kommission Rheinland Pfalz und den Verein Mehr Demokratie e.V. in die Anhörung einbinden.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass niemand gegen Bürgerbeteiligung sei. Man sollte hier auch alle mitnehmen. Das Thema sei nicht neu, neu sei hingegen die Frage der virtuellen Beteiligung der Bürger. Die bisher vorliegenden Anträge von CDU und Grünen würden sich diesem Thema stellen. Nun seien zwei weitere Anträge von der SPD und den Grünen eingereicht worden. Es erwecke den Eindruck, dass man hier noch schnell auf einen fahrenden Zug aufspringen wolle. Man habe aber nichts gegen eine breitere Anlegung des Themas.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass dies eine sinnvolle Sache sei. Es sei durchaus aktuell sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man Bürger mobilisieren könne sich an der Demokratie zu beteiligen. Dies sei ganz offensichtlich ein Problem, wie man an der teils erschreckenden Wahlbeteiligung erkennen könne. Man müsse sich aber auch der Frage stellen nach der praktischen Umsetzung und der Effektivität. So sei eine Frage beispielsweise bei der Online-Abstimmung, wie man eine mehrfache Beteiligung verhindere. Er halte es für wichtig, dieses Symposium auf eine breite Ebene zu stellen und möglichst viele Leute einzuladen.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass es wichtig sei dass die Bürger sich beteiligen. Es dürfe aber nicht bei einer virtuellen Beteiligung bleiben, da es auch Menschen gebe die sich nicht virtuell beteiligen können. Klar sei dass es dies nicht umsonst gebe. Dies werde auch personelle Ressourcen fordern. Man müsse dies auch nachhaltig weiterbegleiten, denn es dürfe aus Begeisterung nicht Resignation werden.

Ratsmitglied Marquardt machte deutlich, dass die SPD mit ihrem Antrag voll auf der Linie der UBFL liege. Was er allerdings im Antrag der SPD vermisse, sei der Begriff Transparenz. Transparenz sei grundlegend für eine freie Willensbildung. Beispielsweise hätte man bei der Frage des Standortes des neuen Rechenzentrums sich fragen können, ob der Standort in einer Schule der geeignete sei. Er



würde sich wünschen, dass man nicht nur jüngere und ältere Menschen einbezieht, sondern auch Menschen mit Beeinträchtigungen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass Landau Bürgerbeteiligung lebe. Man fange ja nicht ganz beim Punkt Null an. Manche Dinge müsse man auch kritisch betrachten und analysieren wie zum Beispiel die Frage eines Jugendparlaments. Besprechen müsse man wie man die Abläufe gestalte. Hier ganz konkret die Frage, ob man erst die Bürger frage und dann den Rat oder umgekehrt. Dazu solle das Symposium am 7. Oktober Klarheit bringen. Was klar sein müsse ist, dass dies ganze auch Personalressourcen brauche und Geld kosten werde.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron stellte nochmal heraus, dass es im Antrag der SPD um die nicht virtuellen Beteiligungsformen gehe.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass man mit dem Symposium nicht bis Oktober warten sollte.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. Februar 2014 wird zusammen mit den anderen Anträgen in einem Symposium Bürgerbeteiligung am 7. Oktober 2014 behandelt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3.1. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ergänzungsantrag zum Antrag der SPD "Anhörung zum Thema Bürgerbeteiligung als wichtiger Bestandteil der politischen Willensbildung"

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion. Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 3 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 24. Februar 2014 wird zusammen mit den anderen Anträgen in einem Symposium Bürgerbeteiligung am 7. Oktober 2014 behandelt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Zukunfts- und Standortsicherungsvertrag zwischen dem Zweckverband Tierkörperbeseitigung, seiner Betriebsführungsgesellschaft (GfT) und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 3. Februar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch begründete die Vorlage. Man habe versucht, eine möglichst umfassende Vorlage vorzulegen. Aus Sicht der EU sei das derzeitige Verfahren in Rheinland-Pfalz nicht zulässig. Gegen diese Entscheidung der EU-Kommission würden Klagen des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz laufen. Die Entscheidung der EU-Kommission müsse man aber dennoch vollziehen, unabhängig vom Ausgang der Gerichtsverfahren. Deshalb müsse man eine völlige Neuorganisation der Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz organisieren. Im Moment wisse man nicht, wie das ganze ausgehe. Man müsse sich aber als Zweckverbandsbeteiligte um die über 100 Beschäftigten kümmern. Aus den Gesprächen mit den Beschäftigten und der Gewerkschaft sei dieser hier vorliegende Zukunfts- und Standortsicherungsvertrag entstanden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung dem Abschluss eines Zukunfts- und Standortsicherungsvertrages zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Baumkontrolle in 2014

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 13. Februar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Klemm erläuterte die Vorlage. Man hätte dies lieber mit eigenem Personal gemacht, habe sich aber im Dezember von dem Mitarbeiter trennen müssen. Dies sei bei den Haushaltsberatungen noch nicht bekannt gewesen. Für die Übergangszeit bis zur Einstellung eines neuen Mitarbeiters müsse die Baumkontrolle an eine Fremdfirma vergeben werden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 55.000,- € für die Durchführung von Baumkontrollen in 2014 zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Endgültiger Beschluss der 18. Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 21. Januar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Vorlage stimmen werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 42 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

Für den in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage zeichnerisch dargestellten Bereich wird die 18. Teiländerung des am 27. Januar 2000 wirksam gewordenen Flächennutzungsplanes (FNP) 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren (§ 8 Abs. 3 BauGB) zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau Süd/ Landesgartenschau" endgültig beschlossen. Die Begründung und der Umweltbericht werden gebilligt (§ 6 BauGB).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Schaffung von preiswertem Wohnraum in Landau – Strategie und weitere Vorgehensweise

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. Februar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Zu dieser Thematik habe es unterschiedliche Anträge gegeben. Die Fraktionen von SPD und CDU hätten erklärt, dass ihre Anträge in der Vorlage Berücksichtigung finden. Dagegen habe die UBFL-Fraktion Wert darauf gelegt, ihre Anträge einzeln abzustimmen. Die Beratung der beiden Anträge erfolge gemeinsam mit dieser Vorlage.

Ratsmitglied Thiel dankte der Verwaltung für die Vorlage, in der sich auch die Anträge von SPD und CDU wiederfinden würden. Die Möglichkeiten der Schaffung von preiswertem Wohnraum seien dargestellt, aber auch vermeintliche Grenzen und Einschränkungen seien aufgeführt. Man zeige erste Schritte auf, wie das Thema in Landau angegangen werden solle. Die Realisierung der Maßnahmen könne zu einer gewissen Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führen. Allerdings würden die ohne Zweifel lobenswerten Bemühungen nicht ausreichen, um den Bedarf an zumutbarem und bezahlbarem Wohnraum abzudecken. Eine Miete von 6,30 Euro bis 6,50 Euro je qm sei für viele ein nicht zu überwindendes Hindernis. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der zunehmenden Altersarmut werde die Zahl derer zunehmen, die sich diese Mieten nicht leisten könnten. Schon jetzt kämen bundesweit auf eine Sozialwohnung fünf Bewerber. Diese Tatsache lasse nur das Ergebnis zu, dass sofortiges Handeln angesagt sei. Abwarten und die Entwicklung beobachten wäre bei dieser Problematik sicher kontraproduktiv. Man müsse alles unternehmen, um den Betroffenen ein würdiges Wohnen zu ermöglichen. Da die Stadt Landau bundesweit mit dieser Problematik nicht alleine sei, beantrage man Experten im Rahmen einer Anhörung zum sozialen Wohnungsbau einzuladen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass dies ein weiterer Punkt sei, in dem man sich im Prinzip einig sei. Ohne Zweifel sei ein Bedarf an sozialem Wohnungsbau derzeit vorhanden. Sozialer Wohnungsbau sei nicht nur für Obdachlose und Arme gedacht, sondern für Menschen mit überschaubarem geringem Einkommen. Ziel des Antrages der CDU sei gewesen im Rahmen der Möglichkeiten zeitnah etwas zu tun. Diese Vorlage greife diese Kriterien auf. In der Cornichonstraße gebe es durch Ausweisung eines Baufeldes mit 150 Wohnungen eine deutlich sichtbare soziale Komponente. Es geschehe einiges auf dem Wohnungsmarkt in Landau, was aber nach seiner Überzeugung zu einigen Verschiebungen auf dem Wohnungsmarkt durch den Bau von Studentenwohnungen und höherpreisigem Wohnraum führen werde. In 3 bis 5 Jahren werde man die Lage vermutlich anders diskutieren. Daher gelte es die Entwicklung zu beobachten, um ggfls. nachsteuern zu können. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage ebenfalls zustimmen.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Grundaussagen der Vorlage die Unterstützung der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion finden würden. Allerdings sei ein Mietpreis von 6,50 Euro in der Tat ein sehr hoher Mietpreis. Gerade im Hinblick auf die Altersarmut sei es wichtig, an dieses Problem heranzugehen. Es bedürfe daher einer langfristigen Überprüfung und Kontrolle des Bedarfs. Viele Kommunen würden auch andere Wege beschreiten, daher würde man eine Anhörung sehr begrüßen. Der Sitzungsvorlage werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass es zweifellos Bedarf an preiswertem Wohnraum in Landau gebe. Der Bund habe sich aus diesem Bereich zurückgezogen, es sei immer mehr Sache der Länder und Kommunen. Die FWG sei dagegen, dass eine städtische Einrichtung für diese Aufgabe herangezogen wird. Dies sei nicht zielführend. Auch eine fixe Reservierung von 10 % für sozialen Wohnungsbau sei nicht sinnvoll. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel machte deutlich, dass die Stadt auf Grund der Finanzlage dies nicht schultern könnte. Dies wäre eine freiwillige Leistung, daher lehne er eine städtische Wohnungsbaugesellschaft ab. Ohne private Investoren werde dies nicht funktionieren. Er sehe dies hier als Anfang. Man sollte



dies daher nicht nur am Wohnpark Am Ebenberg festmachen, sondern auch andere Wohngegenden miteinbeziehen. Aufgrund der demographischen Entwicklung werde dies ein weitreichender Prozess sein. Auch die FDP-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl bedauerte, dass die Anträge der UBFL nicht im vorliegenden Konzept enthalten seien. Deshalb habe man die Anträge aufrechterhalten und wolle diese heute auch abstimmen lassen. Das Thema sozialer Wohnraum werde uns nicht verlassen, daher halte sie eine Anhörung zu einem späteren Zeitpunkt durchaus für sinnvoll. Jetzt aber sei ein konkreter Zeitpunkt, in dem die Stadt Besitzer von Flächen und Gebäuden sei. Es sei jetzt ein Handlungsdruck da, eine Verschärfung der sozialen Lage drohe weiterhin. Hinzu komme, dass die Mietpreisbindung auslaufe. Daraus ergebe sich eine akute Situation.

So gebe es nun in der Cornichonstraße ein Gebäude, dessen Renovierung einen gewissen Charme hätte. Die Stadt sollte dies als Akteur aktiv in die Hand nehmen. Wenn man es selbst renoviere, könne man auch steuern wer dort reinkomme. Zudem könne man als Kommune auch geringere Kreditzinsen bekommen. Im sozialen Wohnungsbau sei die Marge ein Mietpreis zwischen 5,10 Euro und 5,40 Euro. Es sei von daher eine Grundsatzentscheidung, dass die Stadt hier tätig werde. Über das Gebäudemanagement habe man die entsprechenden Möglichkeiten. Deshalb könne man dem Punkt 1 der Sitzungsvorlage nicht zustimmen, da dies eine Einschränkung sei.

Mit dem zweiten Antrag wolle man die Investoren verpflichten, 10 % der Wohnfläche für sozialen Wohnungsbau zu reservieren. Wenn jemand wirklich interessiert sei, dann gehe er auch auf diese Konditionen ein. Dies diene auch der sozialen Durchmischung.

Der Vorsitzende betonte, dass er das Gebäudemanagement beauftragt hatte, eine städtische Beteiligung positiv zu prüfen. Das Ergebnis sei sehr ernüchternd gewesen. Eine Stadt dürfe und könne es sich nicht leisten, Wohnungen zu subventionieren. Dies wäre nach seiner Überzeugung der falsche Weg. Man könne auch nicht alle Fragen auf einmal lösen. Es sei durchaus möglich, städtisches Eigentum auch günstiger abzugeben mit der Verpflichtung zur Mietpreisbindung für 15 oder 20 Jahre. Eine prozentuale Festlegung im Wohnpark Am Ebenberg könne er nicht befürworten, da nicht klar sei, dass die Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen. Man sollte das Augenmerk auch nicht nur auf den Wohnpark richten. Es gebe in der Stadt auch in anderen Bereichen noch Möglichkeiten.

Ratsmitglied Dr. Bals unterstrich nochmals das Anliegen der CDU-Fraktion, bei der Schaffung von preiswertem Wohnraum auch an junge Familien zu denken.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Auffassung, dass die Stadt in die Verantwortung müsse. Ein Mietpreis von 6,50 Euro sei einfach zu hoch, viele kämen gar nicht mehr in bezahlbare Wohnungen. Es gebe einige die auf der Straße leben und morgens nicht wüssten, wo sie abends hinsollen. Um zu sehen, wie andere Städte dieses Problem lösen, sei eine Anhörung sinnvoll.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 43 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

der in der Vorlage dargestellten Vorgehensweise zur Schaffung von preiswertem Wohnraum in Landau zuzustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Reservierung des Baufeldes Nr. 10 der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ im „Wohnpark Am Ebenberg“ (siehe Anlage 3) für die Umsetzung von preiswertem Wohnraum in der kommenden Vermarktungstranche zuzustimmen. Bei zukünftigem Bedarf werden weitere Baufelder im „Wohnpark Am Ebenberg“ bzw. im Anpassungsbereich der Konversionsmaßnahme in der östlichen Südstadt zur Verfügung gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.1. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, Reservierung einer Grundstücksfläche oder einer bebauten Fläche im Gelände "Wohnpark Am Ebenberg" für den sozialen Wohnungsbau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 19. Januar 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 7. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mit 2 Ja,- 41 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, auf dem Gelände des „Wohnparks Am Ebenberg“ für die Belange des sozialen Wohnungsbaus eine Grundstücksfläche oder eine bebaute Fläche zu reservieren, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.2. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, Verpflichtung von Investoren zur Bereitstellung von 10 % der Wohnfläche für den sozialen Wohnungsbau im "Wohnpark Am Ebenberg"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 19. Januar 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 7. Auf die dortige Protokollierung wird verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mit 2 Ja- und 43 Nein-Stimmen,

den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion, dass künftige Investoren auf dem Gelände des „Wohnparks Am Ebenberg“ 10 % der Wohnfläche für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Übertrag von Mitteln des Wirtschaftsplanes 2013

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 22. Januar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Übertragung von Mitteln des Wirtschaftsplanes 2013 für die nachfolgenden Investitionsvorhaben des Vermögensplanes:

- Berufsbildende Schule, Sporthallenneubau	329.000,-- €
- Berufsbildende Schule, Generalmodernisierung	130.000,-- €
- Modernisierung Wohnhausbesitz (Cornichonstraße)	103.000,-- €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende erinnerte an die Frist zur Meldung der Wahlhelfer für die Kommunalwahl am 25. Mai. Insgesamt seien 400 Wahlhelfer erforderlich, dies könne die Verwaltung alleine nicht leisten.

Ratsmitglied Kern erkundigte sich nach dem Stand des Verfahrens hinsichtlich der Tempo-30-Begrenzung in der Hauptstraße in Godramstein. Es sei beschlossen worden, dass die Sache im Bauausschuss beraten und dann zur Beschlussfassung in den Stadtrat komme. Er hoffe, dass es nun endlich weitergehe.

Herr Kamplade erklärte, dass man nach dem Beschluss des Bauausschusses ein Schreiben an das LBM gemacht habe. Die Umsetzung müsse durch das LBM erfolgen, das Verfahren laufe derzeit.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte, ob ein Bestand an alten Bäumen in der Hartmannstraße stehen bleiben könnte.

Herr Kamplade erwiderte, dass diese Bäume auf Privatgrundstück stehen würden. Es gebe keinerlei Hinweise auf eine Fällung.

Ratsmitglied Doll teilte mit, dass die Aufzüge am Hauptbahnhof wohl wieder defekt waren bzw. immer noch defekt seien. In diesem Zusammenhang wolle er wissen ob es richtig sei, dass Bürger mit Behinderungen aus Landau mit dem Taxi nach Neustadt gefahren worden seien, um dort in einen Zug einsteigen zu können.

Der Vorsitzende stellte klar, dass die Verwaltung das nicht überprüfen werde. Er werde sich auch weigern, die Aufzüge in diesem Zustand zu übernehmen. Dies sei Bahngelände und es könne nicht sein, dass die Bahn ihren Verpflichtungen nicht nachkomme. Er werde es weitergeben und deutlich fordern, dass die Aufzüge schnell repariert werden.

Ratsmitglied Lerch bat darum, noch in dieser Legislaturperiode den angekündigten Bericht zum Bürgergraben zu erhalten. Weiter bitte er um Informationen bezüglich der Klage der Stadt Pirmasens zum Landesfinanzausgleich und einer angekündigten Unterstützung durch den Städtetag mit bis zu 100.000 Euro.

Der Vorsitzende erklärte, dass er in der nächsten Sitzung des Stadtrates hierüber informieren könne. Ebenso folge auch der Bericht zum Bürgergraben. Man habe diese Zeit aber benötigt, bis man genaue Ergebnisse habe.



Die Niederschrift über die 45. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 25.02.2014 umfasst 20 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 147.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete